

Dieser Artikel ist die Langfassung des gleichnamigen Artikels unseres geschätzten Kollegen Bernd Eckhardt aus der Ausgabe 223 vom Januar 2023.

Wie schön wäre es, wenn alles wie gewohnt weiterginge, wenn es Wohlstand ohne Wachstum gäbe, wenn Innovationen ohne die damit verbundene kreative Zerstörung möglich wären? Drei Ökonomen haben nun den Nobelpreis für ihre Arbeiten zum Konzept der kreativen Zerstörung erhalten. Was für eine großartige Erkenntnis und eine noch einmal verstärkte Botschaft der neu gekürten Wirtschafts-Nobelpreisträger Joel Mokyr, Philippe Aghion und Peter Howitt: Nicht durch Verzicht, Schrumpfen oder weniger Wachstum werden wir die Situation der Menschheit und den Zustand unseres Planeten verbessern, sondern nur durch Innovation und kreative Zerstörung. Peter Howitt und Philippe Aghion belegen dies mit Zahlen, Daten, Fakten und Analysen. Joel Mokyr kommt zu demselben Schluss durch historische Vergleiche und Analysen. Die Wissenschaft belegt nun, was Joseph Schumpeter 1940 mit dem Konzept der „kreativen Zerstörung“ beschrieben hatte. Nur die schumpetersche kreative Zerstörung schafft nachhaltiges Wachstum und Wohlstand. Gerade für Europa ist dies eine wichtige Botschaft in der heutigen Zeit. Wir tun uns schwer, in einer sich schnell verändernden Welt wieder mehr Wohlstand für alle Bevölkerungsschichten zu schaffen und zurück auf einen Wachstumspfad zu kommen. Dafür gibt es viele Gründe:

Realitätsverlust

Das Wirtschaftswunder ist mittlerweile eine Legende. Doch Deutschland wurde auch nach der Wiedervereinigung bewundert für seine starke Wirtschaft, seine vorbildliche Demokratie und kluge Politik. Warum zerfällt das Land jetzt wie seine Brücken, und warum scheint die Zukunftsfähigkeit zu schwinden? Es ist die Quittung für einen neuen Untertanengeist. Die Bundeswehr ist nicht einsatz- oder verteidigungsfähig, feiert jedoch den wohl größten Sieg einer deutschen Streitmacht seit Jahrhunderten: Sie hat das Kohlendioxid an allen Fronten zurückgedrängt und ihre Klimaziele erreicht. 4,8 Millionen Tonnen „CO₂-Äquivalente“ waren 1990 gegen die wiedervereinte deutsche Armee angetreten. Doch die Bundeswehr hat diesem Feind im Feld tapfer Widerstand geleistet und die Emissionen bis 2023 auf 1,1 Millionen Tonnen „CO₂-Äquivalente“ gesenkt. „Dies entspricht einer Reduktion von 3,743 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten oder rund 78 Prozent“, heißt es in einer aktuellen Antwort der Bundesregierung. Was sich wie eine unfreiwillige Satire liest, ist eigentlich eine Darstellung der deutschen Probleme in Nuancen. Die Realität ist der wahre Feind. Dies wird an einer Zahl deutlich. Laut der aktuellen Eckwerteplanung der Bundesregierung wird die Bundesschuld von 2025 bis 2029 um mehr als 50 Prozent steigen. Zudem sollen die Zinsausgaben in dieser Zeit mehr als doppelt so hoch ausfallen und 62 Milliarden Euro erreichen – und danach noch weiter steigen. In nur vier Jahren sollen also die Schulden, die seit 1949 in 75 Jahren aufgebaut wurden, sich glatt verdoppeln? Dies ist ein Eingeständnis, dass die erwirtschafteten Mittel trotz Rekordsteuereinnahmen nicht ausreichen, um den aufgeblähten Staat zu finanzieren. Doch diese „Konkursanmeldung“ wird als Stärke verkauft: als Entschlossenheit, jahrzehntelange Versäumnisse endlich nachzuholen. Aber wer die aktuelle Politik betrachtet, erkennt: Die Mittel landen nicht in Straßen, Brücken, Bildung und Forschung, sondern versickern im überdimensionierten, ineffizienten Staatsapparat, der Unfähigkeit und Untätigkeit honoriert – während Leistung und Vernunft als Feinde betrachtet werden. Der Grundsatz, dass Politik mit der Realität beginnen muss, wurde vergessen.

Lernunfähigkeit

Von dem Psychologen Paul Watzlawick stammt das Rezept, wie man garantiert unglücklich wird: „Wenn ein Medikament nicht wirkt – Dosis verdoppeln.“ So verhält sich die deutsche Energiepolitik. Sie funktioniert nicht, wird aber mit immer mehr Subventionen fortgesetzt. Die hohen fossilen Anteile in Deutschland, etwa Braunkohle und Gas aus den USA, sind mittlerweile sehr teuer. Atomstrom aus den alten französischen Meilern kostet derzeit etwa sieben Cent pro Kilowattstunde (ohne Entsorgungskosten). Bei neueren, sichereren Anlagen rechnet man mit rund 14 Cent. Das ist deutlich günstiger. Deutschland hat zu wenig Sonne und Fläche für Solarenergie, was als Grund angeführt wird, den Ausbau von Solaranlagen nicht so zu forcieren wie etwa in China. Ein Blick auf die Zahlen zeigt jedoch: Ein Solarmodul mit einer Leistung von 450 Wpeak kostet heute etwa 8 Cent pro Wpeak. Vor zehn Jahren lagen die Preise bei 900 Euro pro Modul oder 2 Euro pro Wpeak. Ein drastischer Preisverfall. Berücksichtigt man Inverter, Anschluss und Installation, liegen die Kosten für eine große Solaranlage bei etwa 25 Cent pro Wpeak. Ein Wpeak produziert in Norddeutschland etwa 1.000 Kilowattstunden. Damit kostet eine Kilowattstunde Strom über 30 oder 40 Jahre hinweg rund 25 Cent. Für den Gesamtenergiebedarf eines Deutschen im Jahr benötigt man etwa 2000 Kilowattstunden, was ca. 11 Quadratmetern oder 0,3 Prozent der Landfläche entspricht – für alle. Warum sprechen wir nicht mehr über diese Chance auf günstigere Energie in Deutschland? Es wird behauptet, erneuerbare Energien seien teuer und der Grund für hohe Energiepreise. Doch die Realität ist eine andere. Solarstrom ist auch in Deutschland günstig. Die Herstellkosten für Strom aus modernen Großanlagen betragen nur etwa drei bis vier Cent pro Kilowattstunde. Wenn die Sonne scheint, gibt es Strom im Überfluss – und das praktisch umsonst. Der Solarstrom, der keine proportionalen Herstellkosten hat, wird dann nahezu kostenlos abgegeben. Aber Solarenergie braucht günstige Speicher, um den Strom nach Sonnenuntergang in den teuren Abendstunden zu nutzen. Solche Speicher, auch aus China, sind mittlerweile günstig geworden. Dass in Deutschland jetzt mehr auf Batteriespeicher gesetzt wird, ist eine positive Entwicklung. Auch die Möglichkeit, E-Fahrzeuge als mobile Stromspeicher zu nutzen, könnte eine Lösung für die Speicherung und Verteilung von Solarstrom bieten.

Wettbewerbslosigkeit

Wie kommt es dazu, dass der Wettbewerb in Deutschland zunehmend verdrängt wird? Die Welt lebt vom Wettbewerb als universellem Überlebensprinzip. Der Ökonom Josef Schumpeter lehrte, dass der Wettbewerb ein universelles Entdeckungsverfahren ist. Doch Deutschland hat anstelle von Wettbewerb „Gleichheit“ als oberstes Prinzip übernommen. Unterformen wie Inklusion, Quoten und Umverteilung werden als Maßstäbe für Gerechtigkeit gefeiert, während der Wettbewerb zunehmend ausgeschaltet wird. An Schulen gibt es keine Wettbewerbe mehr, sondern die Kinder werden nach dem Prinzip „Jeder gewinnt“ bewertet. Der Bildungsnotstand wird durch die Tatsache bekämpft, dass die „Eins“ die häufigste Abiturnote geworden ist. Leistung und Erfolg werden abgewertet, und es wird alles getan, um diese Prinzipien zu verhindern. Das gleiche gilt in Teilen für die Wissenschaft, die auch sich selbst gegenüber immer weniger kritisch ist, sogar als Bestätigungsinstrument für ganz andere Agenden verstanden wird.

Diskussionslosigkeit

Politisch wird der „Kampf gegen Rechts“ genutzt, um jede Diskussion im Keim zu ersticken. Dieser „Kampf“ wird als Moralapostel an die Stelle der offenen Debatte gesetzt. Wenn sogar Abgeordnete der CDU die Wahl von Ideologen zu Richtern am Bundesverfassungsgericht durchdrücken wollen, ist das ein Skandal. Die Eliten wissen ohnehin besser, was die Bürger wollen, sodass man sie nicht mehr befragen muss – so die gängige Auffassung in vielen Kreisen. Das Ziel der gegenwärtigen Politik scheint es zu sein, die Debatte zu beenden, bevor sie überhaupt richtig begonnen hat.

Selbsttäuschung

Aber Deutschland ist doch ein reiches Land. Die vornehmste Aufgabe der Politik scheint es zu sein, Steuergelder nicht sachgerecht auszugeben. Der Zugang zum Bürgergeld ist auf Arabisch und Englisch in leichter Sprache weltweit zu lesen. Und dann wundert man sich, dass in Deutschland eine Ohne-Mich-Mentalität Platz greift. Wofür arbeiten? Wofür die wenigen Söhne zum Militär schicken? Ohne mich. Aber ist Deutschland wirklich noch so unkaputtbar reich wie ein globales Schlaraffenland? Der Ökonom Folker Hellmeyer rechnet vor, dass Deutschland allein in den vergangenen drei Jahren wirtschaftlich um 1,3 Prozent geschrumpft ist, während die Weltwirtschaft um 9,8 Prozent zugelegt hat. Deutschland fällt zurück, allein in diesen drei Jahren um 11,1 Prozent. Nimmt man die Industriestaaten als Vergleich, beträgt die deutsche Wachstumslücke satte 6,4 Prozent und selbst im Vergleich mit den EU-Partnern sind es noch 3,7 Prozent. Es sind also nicht Putin, oder Corona, nicht einmal die Demographie: Es sind hausgemachtes Versagen und Rückständigkeit, Selbstgefälligkeit. Es ist der Preis dafür, dass die Realität geleugnet wird. Der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit folgt die politische. Die USA und Russland verhandeln über einen Friedensschluss in der Ukraine und Trump erklärt dazu, dass er sich dabei weder von Friedrich Merz noch von den Europäern belehren lassen will. Deutschland macht nicht mehr Politik, es wird gemacht. Es ist nicht so, dass Politiker generell diese Entwicklung nicht sehen. Bei Wirtschaftsministerin Katherina Reiche kann man davon ausgehen, dass sie die Folgen der verkorksten Energiewende voll im Blick hat. Aber sie meint, noch auf ein Gutachten warten zu müssen, das ihr auf dem Papier bestätigt, was sich in der Praxis längst bewiesen hat. Politik führt nicht mehr. Sie passt sich geschmeidig dem an, was sie täglich in den staatsnahen Medien sieht oder in den entsprechenden Zeitungen und Magazinen liest. Journalistische Fiktion wird mit Fakten verwechselt. Wer dagegen hält, wird ausgegrenzt. Der Kreis schließt sich. Die im Inneren sind gefangen in ihren Phantasien; der imaginäre Kreis wird verstärkt durch die Ideologie der globalen Gleichheit und globalen Klimabewegung. Auch hier haben sich Deutschland und die EU isoliert: Die USA werfen das Pariser Klimaabkommen, das in Deutschland als Wort Gottes behandelt wird, auf den Müll der Geschichte; China, ganz Afrika, Südamerika und Asien ebenso. Aber wagt das jemand auszusprechen? „Wir sind nicht verpflichtet, Suizid zu begehen“, sagt Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, nachdem er seinen Rückzug aus der Politik bekannt gegeben hat. Er ist ein umgekehrter Friedrich Merz: Der war zur Formulierung der Wahrheit auch in der Lage – bis zu dem Tag, an dem er das Amt des Bundeskanzlers übernahm.

Aber die Realität gewinnt immer. Eigentlich haben wir das alles schon erlebt. Eigentlich ist Deutschland schon durch zwei sozialistische Phasen gegangen, eine angeblich nationale, und eine angeblich globale. Adam Tooze behandelt in seinem epochalen Werk „The Wages of Destruction: The Making and Breaking of the Nazi Economy“ (deutsch: Ökonomie der Zerstörung) die Schuldenpolitik des Dritten Reiches sehr detailliert. Bis 1938 wurden für die Staatsverschuldung ungedeckte Wechsel im Umfang von etwa 12 Milliarden Reichsmark ausgegeben. Das entsprach etwa der Hälfte der gesamten jährlichen Staatsausgaben zu diesem Zeitpunkt. Zwischen 1933 und 1939 stieg die öffentliche Verschuldung rasant: von rund 10 Milliarden Reichsmark (1932) auf über 40 Milliarden Reichsmark (1939). Das entsprach einer Vervierfachung in nur sechs Jahren. 2019 erzielte Deutschland einen Haushaltsüberschuss von 13 Milliarden; für 2027 ist eine zusätzliche Verschuldung von rund 180 Milliarden geplant. Der Weg scheint vorgezeichnet. Aber Deutschland ist auf eine seltsame Weise erinnerungs- und geschichtsblind. Es vertraut sozialistischen Kollektivierungsphantasien, wiederholt bis ins Detail politische Fehler der DDR etwa in der Wohnungs-, Energie- und Wirtschaftspolitik. Fest in der Logik politischer Systeme verankert werden offenkundige Fehler nicht korrigiert, sondern der Mitteleinsatz erhöht. Das Bewahren und Festhalten am Gelernten, Geübten und bisher Erfolgreichen und die Angst vor dem Neuen sind sicher wesentliche Ursachen.

Eines der Beispiele, das Joel Mokyr historisch zitiert, spielt sich in Deutschland ab: im 16. Jahrhundert in Danzig. Dort wurde wohl 1570 der Erfinder eines neuen, sehr viel produktiveren Webstuhls – vom Rat der

Stadt beauftragt – ertränkt, weil seine Verbesserung der Produktivität der Webstühle eine Bedrohung für etablierte Geschäftsleute war. Mokyr vergleicht viele Beispiele mit der Situation heute. Seit den 1980er-Jahren, das zeigen die Daten, hat das Maß der kreativen Zerstörung der Wirtschaft nachgelassen. Etablierte Unternehmen haben länger Bestand und werden nicht mehr so schnell durch Neugründungen abgelöst. Die etablierten Unternehmen schaffen es, nach dieser Einschätzung, Disruption zu verlangsamen. Die Etablierten haben sicher guten Grund, ihre komparativen Wettbewerbsvorteile in der bestehenden Technologie und Wirtschaftsstruktur zu verteidigen. In der neuen Welt müssen sie sich diese erst erarbeiten und haben vielleicht sogar Nachteile gegenüber Start-ups, weil sie die alte und die neue Welt gleichzeitig betrachten müssen.

Wir finden viele Beispiele. Natürlich kann man die deutsche Autoindustrie einschließlich der Zulieferer hier anführen: Derzeit werden die Neugründungen der letzten 15 Jahre, die sich ausschließlich auf Elektrofahrzeuge konzentrieren, deren Batterie-Zulieferer bereits mit 60 Prozent der weltweiten Börsenkapitalisierung im Sektor bewertet werden, als wertvoller angesehen, obwohl sie (außer in Asien und Südamerika) erst verschwindend kleine Marktanteile erobert haben. Der Wertanteil der traditionellen Autohersteller nimmt weiter ab. Leider ist keines der Start-ups wie Tesla, BYD, X-PENG oder CATL in Deutschland entstanden. Dafür gibt es gute Gründe. Durch ihren gehörigen Anteil an der öffentlichen Meinungsbildung gelingt es den Etablierten, die neue Technik lange infrage zu stellen und aufzuhalten. Und die bestehende Technik, mit der sie ihren Wettbewerbsvorteil haben, möglichst lange aufrechtzuerhalten. Die Diskussion um eine Festlegung zum „Verbrenneraus“ bis zur Rückkehr zur vollständig fossilen Wirtschaft der USA, zeigt eindringlich den Einfluss der Etablierten und natürlich des weltweit sehr bedeutenden „fossilen Clusters“, zu dem die größten Unternehmen der Welt gehören. Die Verteidigungsdiskussion, der Fokus auf die Rettung der angeschlagenen Etablierten, die Rettung von Arbeitsplätzen und die Bewahrung der bestehenden Wettbewerbsvorteile bei der Verbrennertechnologie dominieren in Europa die Diskussion in Politik und Medien. Das ist ganz und gar nicht im Sinne Schumpeters, der uns empfiehlt, den Fokus auf die Neuen zu richten.

Ganz anders China: Offensichtlich gelingt es in der durch Fünf-Jahrespläne und Zentralorgane geprägten Welt des kommunistischen Chinas, die kreative Zerstörung aufrechtzuerhalten. Viel mehr Zerstörung findet dort statt als in der nach unserem Selbstverständnis weit innovativeren freien Marktwirtschaft. Nirgends auf der Welt setzen sich die neuen nachhaltigen Zukunftstechnologien wie Batteriespeicher, Windanlagen, Solaranlagen, Elektroautos, Hochspannung, Gleichstromübertragung und so weiter schneller durch als in China. Obwohl der Wandel größtenteils zulasten der üblicherweise staatlich organisierten etablierten Unternehmen geht. Die politisch gesetzten Ziele werden, anders als in Europa, durchgehend früher erreicht als vom Staatsapparat vorgesehen. In China gewinnen die Neugründungen. Die etablierten Verteidiger (häufig Staatsunternehmen) haben dort offensichtlich weniger Einfluss. Die Start-ups und Gründer haben auch in der Bevölkerung ein viel höheres Ansehen. In China gibt es nur wenige Entwicklungen, bei denen man versucht, Disruption und kreative Zerstörung aufzuhalten.

Viele Geschichten, auch verkleidet als Wissenschaft und von Professoren vorgetragen, sollen beruhigen und das Festhalten am Status Quo attraktiv machen. Wir sollten deswegen auch immer darauf achten, wer sie uns erzählt und welche Interessen dahinterstecken könnten. Kommunikation ohne Willen zur Einflussnahme gibt es nach Paul Watzlawick praktisch nicht. Häufig müssen wir davon ausgehen, dass in den genannten Fällen Bestandswahrung das wahre Interesse ist. Wie kommen wir aus dem Fortschrittsdilemma heraus? Gerade in Zeiten wie diesen (Israel/Hamas (Iran), Ukraine/Russland, Taiwan/China, Wirtschaftssanktionen, Rezession bei gleichzeitiger Inflation, Angst vor Klimaveränderung) sollte die Öffentlichkeit für wesentliche Erkenntnisse aus den Bereichen Geopolitik und Wirtschaft, aber auch Wissenschaft, Psychologie, Neurobiologie, Kybernetik usw. interessiert werden. Gerade die maßgeblichen Themen sind mir wichtig und das ist auch der Grund, warum ich 2026 wieder über die Zukunft nachgedacht habe.

Wie kann sich die Weltwirtschaft 2026 entwickeln?

Das Jahr 2026 beginnt erneut im Spannungsfeld geopolitischer Unsicherheiten. Die Handelskonflikte, die bereits 2025 sichtbar waren, haben sich im Verlauf des Jahres weiter verfestigt. Die US-Regierung unter Donald Trump hat wesentliche Elemente ihrer protektionistischen Agenda umgesetzt, wodurch Lieferketten und internationale Handelsbeziehungen zunehmend fragmentiert wurden. Gleichzeitig bleiben zahlreiche Regionen, darunter der Nahe Osten und Teile des globalen Südens, instabil. Während die Weltwirtschaft 2025 bereits an Dynamik verlor, dürfte sie 2026 erneut von unterdurchschnittlichem globalem Wachstum geprägt sein. Der Internationale Währungsfonds könnte seine bisherigen Prognosen für 2026 erneut nach unten korrigieren. Das Zusammenspiel aus Zollpolitik, stagnierendem Welthandel, strukturellen Schwächen in China sowie politischen Unsicherheiten in Europa wirkt dämpfend auf nahezu alle großen Volkswirtschaften. Die USA bleiben 2026 ein relativer Wachstumspol, getragen von robustem Konsum und fortgesetzter Deregulierung. Die eingeführten Steuererleichterungen und Regulierungsreformen entfalten weiter Wirkung. Allerdings werden die US-Zölle zunehmend inflationswirksam, insbesondere wenn 2026 weitere Importabgaben oder Erweiterungen bestehender Tarife umgesetzt werden. Gleichzeitig steigt die Belastung des Staatshaushalts, sowohl durch Steuersenkungen als auch durch steigende Verteidigungs- und Infrastrukturprogramme. Trotzdem dürfte die Wirtschaft in den USA 2026 erneut stärker wachsen als in Europa, wenn auch moderat unter dem Wachstumstempo von 2025 bleiben, da der handelspolitische Gegenwind zunimmt und die Fed bei weiter engem Arbeitsmarkt weniger Spielraum zur Zinssenkung hat. China bleibt 2026 der größte Unsicherheitsfaktor. Die Immobilienkrise dürfte trotz staatlicher Stützungsmaßnahmen weiter eine Belastung darstellen. Die schwache Binnenkonjunktur, der rückläufige Arbeitskräftepool infolge der Demographie und die Fokussierung der Regierung auf eine „Festungswirtschaft“ verhindern eine Rückkehr zu alten Wachstumsraten. Exporte bleiben durch US-Zölle, aber auch durch die Abkühlung der globalen Nachfrage unter Druck. 2026 könnte daher ein Jahr werden, in dem China unter seinen selbst gesteckten Wachstumszielen bleibt. Europa startet 2026 geschwächt ins Jahr. Die Wirtschaftslage bleibt fragil und die politische Lage in mehreren Mitgliedsländern unsicher.

- Deutschland befindet sich weiterhin in einer Phase struktureller Anpassung. Die wirtschaftspolitische Ausrichtung der 2025 gebildeten Regierung braucht Zeit, um wirksam zu werden. Der Investitionsstau, der Reformdruck und die schwache Industrieproduktion bremsen auch 2026. Deutschland kämpft 2026 weiter mit mehreren simultanen Herausforderungen: Schwacher Welthandel, Rückgang bei Exporten in die USA (wegen Zöllen), nach wie vor hohe Unsicherheit bei Investitionsprojekten, schleppende Reformen, demographisch bedingter Fachkräftemangel, anhaltende Schwäche im Bau- und Industriesektor. Der Arbeitsmarkt könnte sich weiter eintrüben, wobei steigende Arbeitslosigkeit erneut zu moderateren Tarifabschlüssen und damit zu niedrigerer Inflation beiträgt. Der private Konsum bleibt, trotz leicht steigender Reallöhne, vorsichtig, da Haushalte krisenbedingt weiter hohe Sparquoten aufrechterhalten.
- Frankreich und Italien sind weiterhin durch hohe Staatsverschuldung sowie begrenzten fiskalischen Handlungsspielraum eingeschränkt.
- Die gesamte Eurozone leidet 2026 unter dem anhaltenden Druck der US-Zölle auf europäische Produkte.

Kapitalmärkte 2026

Die Divergenzen setzen sich bei Zinsen und Anleihemärkten fort. Die Unterschiede zwischen der US-Geldpolitik und der europäischen Zinspolitik werden 2026 sichtbar bleiben:

- Die Fed dürfte angesichts eines sich leicht eintrübenden Arbeitsmarktes nur sehr begrenzte Zinssenkungen (eher nur zwei bis drei) vornehmen, da die Zölle die Inflation tendenziell über 2 Prozent halten.

- Die EZB profitiert davon, dass sich die Inflationsrate inzwischen in der Nähe ihres Zielwerts von 2 Prozent befindet. Wir erwarten, dass sich die Verbraucherpreise auch im Jahr 2026 auf diesem Niveau stabilisieren. Entsprechend rechnen wir im Euroraum mit keinen weiteren geldpolitischen Impulsen, was den US-Dollar nicht weiter schwächen dürfte. Bei 10-jährigen Bundesanleihen erscheint für das kommende Jahr aus Performancesicht bestenfalls eine schwarze Null realistisch. 10-jährige US-Treasuries sollten hingegen gestützt durch ihren höheren laufenden Ertrag eine Wertentwicklung zwischen 2,0 und 2,5 Prozent in lokaler Währung erzielen können. Unternehmen sowohl in Europa als auch in den USA gewinnen mit sehr soliden Ergebniskennziffern und einer stabilen Verschuldungssituation an Attraktivität. Zudem sollte das sich aufhellende konjunkturelle Umfeld dazu beitragen, dass die Ausfallraten weiterhin auf oder sogar unter ihren historischen Durchschnittswerten bleiben. Weiterhin interessant bleiben US-High-Yields (profitieren von deregulierten Rahmenbedingungen), Nachranganleihen starker Emittenten und Cat-Bonds (unkorrelierte Renditequelle, die auch 2026 interessant bleibt).

Bitcoin könnten zwischenzeitlich weiter leiden, da sich Carry Trades mit dem japanischen Yen weniger lohnen. Michael Saylor, der Chef von Strategy (vormals MicroStrategy), hat zwar sein Unternehmen mit waghalsigen Finanzierungsmodellen in eine gigantische Bitcoin-Reserve umgebaut und rund 650.000 Bitcoin angehäuft, was zunächst einmal stabilisierend wirken könnte. Aber seine riskante Strategie basiert auf steigenden Kreditlasten und setzt zwingend weiter steigende Bitcoin-Preise voraus. Wenn seine Finanzierungen wackeln, hat der Markt ein Problem.

Trotz globaler Unsicherheiten dürften die Aktienmärkte 2026 erneut von strukturellen Trends profitieren. Der US-Markt bleibt führend:

- zweistelliges Gewinnwachstum möglich,
- Steuererleichterungen wirken weiter,
- KI-Sektor bleibt Wachstumsmotor und damit können weitere Erfolge im Medizin-Bereich entstehen,
- Mid-Caps profitieren überproportional durch protektionistische Politik.
- Ein neues Rekordhoch für S&P 500 und Nasdaq erscheint 2026 möglich, wenn die geopolitischen Risiken nicht eskalieren. Europa bleibt zurück, aber nicht ohne Chancen:
- Exportwerte könnten vom US-Dollar profitieren,
- Qualitätsunternehmen mit hoher US-Wertschöpfung bleiben attraktiv,
- Branchen mit Fokus auf Automatisierung, Energieeffizienz, Verteidigung und Digitalisierung zeigen strukturelle Stärke,
- Zyklische Branchen, vor allem Logistik und Maschinenbau, stehen jedoch weiter unter Druck durch globale Handelshemmnisse.

Bei den Schwellenländern bleibt China ein Sorgenkind, während Indien und rohstoffstarke Länder 2026 relative Gewinner bleiben könnten.

Bei den Währungen spricht 2026 vieles für einen zumindest nicht nachhaltig schwächeren US-Dollar, bedingt durch:

- Zinsspanne,
- robuste US-Konjunktur,
- globale Unsicherheiten.
- Weitere Gewinner könnten sein: Norwegische Krone (Ölpreisstabilität, Zinsvorteil), Australischer Dollar (restriktive Notenbank, robuste Binnenwirtschaft).

Aussichten 2026

2026 wird erneut ein Jahr erhöhter Volatilität und geopolitischer Herausforderungen. Die fragmentierte Weltwirtschaft, der schwelende Handelskonflikt USA–China sowie der Reformbedarf in Europa prägen das Bild. Doch gerade in solchen Jahren entstehen attraktive Anlagechancen, insbesondere durch:

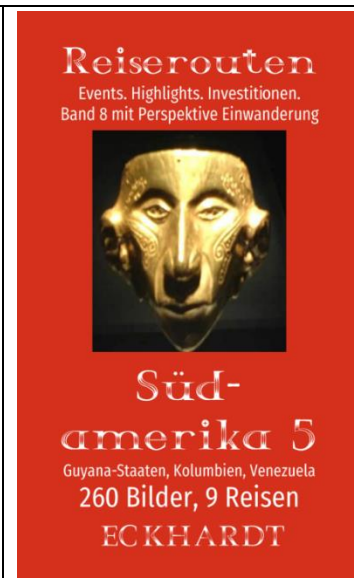
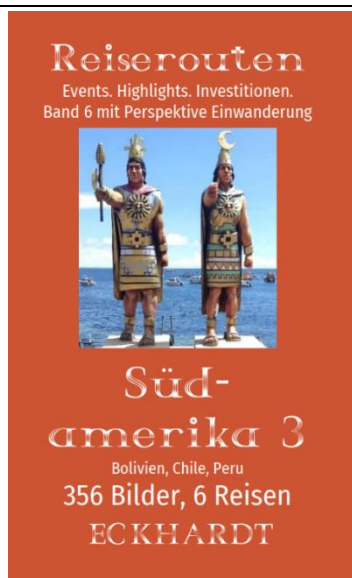
- strukturelle Megatrends (KI, Automatisierung, Energieinfrastruktur),
- Qualitätsaktien mit globalem Geschäftsmodell,
- Anleihen längerer Laufzeiten in Europa,
- US-High-Yield und ausgewählte Alternativen.

Eine konsequente, selektive und strategisch ausgerichtete Asset-Allokation bleibt – vielleicht mehr als in den Jahren zuvor – der Schlüssel zur erfolgreichen Positionierung im Jahr 2026.

Dies alles sind persönliche Einschätzungen. Diese Art des langfristigen Denkens ist ein wichtiger Teil jedes Anlageverfahrens. Es ist diese langfristige Perspektive, die es ermöglicht, über die Volatilität der Märkte hinaus zu blicken und die auf unserer Überzeugung basierenden Positionen in Unternehmen beizubehalten, die die Welt in der absehbaren Zukunft verändern könnten.

Unmittelbare Ergebnisse seiner Reisen zeigen auch die 2025 neu erschienenen Bücher (siehe Kasten).

Bernd H. Eckhardt ist Diplom-Mathematiker, in Wuppertal geboren, hat in Göttingen (Deutschland) Mathematik wirtschaftswissenschaftlicher Richtung und Jura studiert und danach in Asien und Europa in der Versicherungswirtschaft gearbeitet. Zuletzt war er 17 Jahre lang Vorstandsmitglied in der börsennotierten BHW-Gruppe (Bank, Bausparkasse, Versicherung), wo er die Vorstandsressorts Kapitalanlage, Mathematik, Öffentlichkeitsarbeit, Personal, Rechnungswesen und Vertrieb leitete. Er ist Eigentümer einer sich mit der Beratung Institutioneller Anleger und vermögender Privatkunden befassenden Firma, Eigentümer der Web-Seite www.Investors-Office.com und Vorsitzender des Verwaltungsrates und CEO einer auf die Kapitalanlage ausgerichteten Aktiengesellschaft mit Holdingfunktion. Seit vielen Jahren beschäftigt er sich mit der Weltwirtschaft und den daraus resultierenden Anlagechancen.



Aus dieser besonderen Perspektive hat er zahlreiche Reiseführer über lateinamerikanische Länder geschrieben, auch vor dem Hintergrund, ob sich diese als Auswanderungsziel aus ökonomischer Perspektive eignen. „Südamerika 3 Bolivien, Chile, Peru“ mit 356 Bildern und 6 Reisen (ISBN: 9783 384 661 678) „Südamerika 4 Ecuador“ mit 285 Bildern und 4 Reisen (ISBN: 9783 384 403 223) sowie „Südamerika 5 Guyana-Staaten, Kolumbien, Venezuela“ mit 260 Bildern und 9 Reisen (ISBN: 9783 384 382 924). Sie sind in mehr als 6.000 Buchhandlungen und 1.500 Online-Shops wie Amazon weltweit bestellbar.